

Beirat, 24.4.2013, Hannover

Politischer Bericht

Michael Vassiliadis

Vorsitzender der IG BCE

Themen

- Vivawest/Begrüßung Geschäftsführung
- Evonik
- Neupack/Linksradikale Störenfriede
- Verbot von Leiharbeit zum Streikbruch
- Schwarzbuch Kohle/Greenpeace
- Chemie³
- Veränderte Wettbewerbsverhältnisse (Schiefergas)
- Nachhaltigkeit und Energiewende
- Mitbestimmung/Betriebsverfassung
- Mindestlohn
- Managergehälter
- Ausbildung/Übernahme
- Alterssicherung

- Mobilisierung
- Frauenquote
- Europa/wirtschaftliche Entwicklung
- Branchen/Tarife
- Wasserwirtschaft
- Bundestagswahl/Parteien
- Steueroasen/Steuerhinterziehung
- 1. Mai
- Kongress
- Geschlossene IG BCE

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem der gestrige Tag dem Gedenken gewidmet war, wollen wir uns heute wieder aktuellen Themen zuwenden.

Aber zuerst möchte ich die Geschäftsführung von Vivawest begrüßen, die wir eingeladen haben, an dieser Beiratssitzung teilzunehmen.

Ich begrüße den Vorsitzenden, Herrn Robert Schmidt,
der später noch zu uns sprechen wird,
Herrn Dr. Norbert Ripke,
unsere Kollegen Hans-Jürgen Schneider
und Ulrich Küppers
sowie den Vorsitzenden des Vivawest-Betriebsrates,
Volker Möller.

Schön, dass Sie alle unserer Einladung folgen konnten,
seien Sie uns herzlich willkommen.

Wie Ihr sicher wisst, Kolleginnen und Kollegen, ist
Vivawest aus dem Zusammenschluss der Evonik-
Immobilienpartie und der THS hervorgegangen.

Die IG BCE wird 26,8 Prozent der Anteile an diesem
jungen Unternehmen halten. Zudem will sich die RAG-
Stiftung mit 30 Prozent an Vivawest beteiligen, 25
Prozent gehen an den Pensionsfonds der Evonik, die
restlichen Anteile bleiben bei der Evonik AG.

Ich will Ihrem Vortrag, Herr Schmidt, nicht vorgreifen. Sie
werden uns später ja noch über die Konstruktion und
Geschäftspolitik von Vivawest informieren.

Und für die IG BCE wird Peter Hausmann erklären, wie wir auf Vivawest blicken.

Vorab aber möchte ich schon einmal sagen:

Wir sind sehr froh, dass es uns gelungen ist, eine stabile Eigentümerstruktur zu schaffen, die an einem langfristigen Erfolg des Unternehmens interessiert ist –

und nicht an kurzfristigen Maximalrenditen.

Unser Ziel ist erreicht:

- Mit Vivawest bleiben 130.000 Wohnungen und 300.000 Mieter vor Spekulanten geschützt.
- Das nunmehr drittgrößte Immobilienunternehmen in Deutschland ist zudem stark genug, sich auf dem Markt zu behaupten.
- Es wird in den Wohnungsbestand investieren und sehr ordentliche Arbeitsplätze bieten.

Das ist vereinbart und gesichert, darauf haben wir sehr geachtet. Schließlich sind viele der Mieter und Beschäftigten unsere Mitglieder.

In den Vorständen vieler Unternehmen wird gerne von Win-Win-Situationen fabuliert. Wir reden nicht darüber, wir machen das einfach.

Gleichzeitig ist das Vermögen der IG BCE gut angelegt. Das geht am besten mit einem nachhaltigen Engagement.

Diese Entscheidungen, die wir jetzt getroffen haben, sind aber auch für die RAG-Stiftung und für Evonik selbst von Vorteil.

- Das Geld der Stiftung ist bei Vivawest klug investiert, denn Immobilien sind eine langfristige Wertanlage und damit genau das Richtige, um die Ewigkeitskosten des Bergbaus aufbringen zu können.
- Die Evonik wiederum hat die Pensionsansprüche gut abgesichert und wird sich nun, wie vorgesehen, auf das Kerngeschäft als sehr erfolgreicher Anbieter von Spezialchemikalien konzentrieren.

Ich bin genauso froh, dass für die Evonik AG ebenfalls neue Investoren gefunden sind.

Es handelt sich um Investoren, die sich tatsächlich am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren.

Damit kann das Unternehmen nun auch an die Börse, ohne Gefahr zu laufen, die Aktien unter Wert zu verkaufen.

Werner Müller, der neue Stiftungs- und Evonik-Aufsichtsratsvorsitzende, hat dafür gemeinsam mit Klaus Engel und dem Kuratorium eine überzeugende Lösung gefunden.

Wir haben einen durchaus wesentlichen Beitrag dazu geleistet.

Es hat sich gelohnt, hartnäckig unsere Ziele zu verfolgen und die personellen wie strukturellen Voraussetzungen für die richtigen Entscheidungen zu schaffen:

- Indem wir Werner Müller und das Stiftungsteam durchgesetzt haben.

- Und indem wir eine Lösung für den Immobilienbereich gefunden haben, die gut ist für die Mieter und die Region, für Evonik und die Beschäftigten, für unsere Mitglieder und für unsere IG BCE.

Natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind unsere Möglichkeiten der Mitgestaltung bei der RAG, bei Vivawest und zum Teil auch bei Evonik andere, als wir sie in den meisten Unternehmen und Branchen vorfinden. Aber unser Handeln orientiert sich immer an den gleichen Grundsätzen.

Wir wollen eine langfristig gute Entwicklung:

- Mit innovativen und am Markt erfolgreichen Unternehmen
- Mit guter Arbeit zu fairen Tariflöhnen, mit Betriebsrat und Mitbestimmung
- Mit vorbildlichem Umweltschutz – insbesondere durch eine hohe Energieeffizienz und durch eine schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Wenn sich alle danach richten würden, dann wäre das sehr vernünftig. Aber verantwortliches Handeln, wie wir es verstehen, muss tagein, tagaus neu erstritten werden.

- Gegen Unternehmensleitungen, die im Zweifel immer noch alle Entscheidungen ausschließlich am shareholder-value ausrichten.
- Gegen Regierungen und Parteien, die uns das Leben aus Unkenntnis, Opportunismus oder Ideologie getrieben schwer machen.
- Gegen gesellschaftliche Gruppierungen und Netz-Communities, die in einem ökologischen Fundamentalismus gefangen sind und viel zu häufig den ökonomischen und sozialen Fortschritt behindern.

Ich will an zwei besonders krassen Beispielen konkretisieren, auf welche Widerstände wir immer wieder treffen.

Die Rede ist vom Streik bei Neupack und vom sogenannten Schwarzbuch Kohle, das Greenpeace in der vergangenen Woche veröffentlicht hat.

Bei Neupack sind wir seit dem 1. November im Arbeitskampf, also schon fast sechs Monate.

Es gibt kaum einen Arbeitskampf in Deutschland, der länger dauerte und härter geführt worden ist.

Wir haben es da mit einer Eigentümer-Familie zu tun, die lieber den Betrieb dicht macht, als dass sie einen Vertrag mit der Gewerkschaft schließen würde – ungeachtet jeder ökonomischen Vernunft oder jeder sozialen Verantwortung.

Für Gewerkschaften ist das eine extrem schwierige Situation. Denn natürlich können wir diese Machtfrage nicht so beantworten, dass am Ende die Fabrik schließt und die Arbeitsplätze unserer Kolleginnen und Kollegen weg sind.

Wir streiten darum, dass bei Neupack Verhältnisse einkehren, wie sie in der Arbeitswelt eigentlich überall üblich sein sollten.

- Wir wollen, dass bei Neupack nicht mehr die Geschäftsführung allein über die Arbeitsbedingungen entscheidet.
- Wir wollen zum Beispiel Kriterien für die Eingruppierung und deren Bezahlung.
- Wir wollen Rechtssicherheit für die Beschäftigten und Mitsprache des Betriebsrates.

Das wäre das Ende der alten Herr-im-Haus-Ideologie, die bei Neupack herrscht, als wären wir noch in den Frühzeiten der Industrialisierung.

Deswegen sperrt sich Neupack immer noch, offene Fragen konstruktiv zu lösen.

Zudem gibt es in einem wichtigen Punkt nach wie vor keine abschließende Einigung.

Wir wollen sicher stellen, dass diejenigen, die sich in diesem Arbeitskampf besonders engagieren, vor Nachteilen geschützt werden.

Wir werden nur einer Lösung zustimmt, die alle Streikenden vor Repressalien schützt.

Normalerweise macht man das mit einer so genannten Maßregelungsklausel.

Die gilt natürlich nicht für Straftaten, die im Rahmen des Arbeitskampfes begangen wurden. Das ist an sich nicht ungewöhnlich.

Aber bei Neupack gibt es den begründeten Verdacht, dass mit fadenscheinigen Anschuldigungen insbesondere der Betriebsratsvorsitzende entweder mürbe gemacht oder aus dem Unternehmen geklagt werden soll.

Murat Günes hat natürlich unsere volle Unterstützung und kann sich – wie alle anderen Kolleginnen und Kollegen bei Neupack - auf die IG BCE verlassen.

Tatsächlich haben wir bei Neupack Dinge erlebt, die man sich im zivilisierten Deutschland, dem Land der sozialen Marktwirtschaft, kaum vorstellen mochte.

- Dazu gehört der Versuch, unseren Streik gerichtlich verbieten zu lassen.

Das ist kläglich und auf der ganzen Linie gescheitert.

- Dazu gehört aber auch der Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrecher.

Auch dabei handelt es sich um nichts anderes als ein mit brutaler Entschlossenheit geführter Angriff auf das grundgesetzlich geschützte Streikrecht.

Deswegen muss das schleunigst verboten werden.

In Zukunft muss klar sein: Wer Leiharbeiter als Streikbrecher einsetzt, der macht sich strafbar.

Das fordern wir, Kolleginnen und Kollegen.

Und wir werden nicht eher Ruhe geben, bis das eindeutig gesetzlich geregelt ist.

Leiharbeit ist nicht dazu, das Streikrecht zu unterlaufen.

Das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Interessen, wenn erforderlich, auch mit einem Streik durchzusetzen, ist unantastbar.

Wir werden dafür sorgen, dass sich so etwas wie bei Neupack nicht wiederholen kann.

Mit der SPD sind wir uns in dieser Sache schon einig, Kolleginnen und Kollegen.

Peer Steinbrück hat bereits auf dem Parteitag in Berlin versprochen: Das wird in unserem Sinne erledigt.

Und die Hamburger Bürgerschaft hat mit den Stimmen von SPD, Grünen und der Linken den Senat aufgefordert, eine entsprechende Initiative in den Bundesrat einzubringen.

Ich bin sicher, die nächste Runde bei Neupack findet unter anderen Bedingungen statt.

Wir haben einen langen Atem, Kolleginnen und Kollegen.

Das hat die Gewerkschaften von ihren Anfängen an ausgezeichnet, und die IG BCE steht sehr bewusst in dieser Tradition.

Ein anderes Phänomen, das uns rund um Neupack begegnet, kennen wir allerdings auch schon aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Das sind die sektiererischen und ideologischen Gruppen, die ihr eigenes übles Süppchen in solchen Konflikten kochen.

Da wird versucht, Belegschaft und Gewerkschaft zu spalten.

Da wird versucht, aus dem Arbeitskampf einen Klassenkampf zu machen, der nur mit dem vollständigen Sieg oder der heroischen Niederlage enden kann – ohne Rücksicht auf die Leute, die man genauso verantwortungslos für die eigenen Zwecke missbraucht, wie das auch die Neupack-Bosse nicht anders tun.

- Weil unsere Kollegen aus der Streikleitung auf wirklich boshafte Weise lügnerisch und persönlich angegriffen und verunglimpft werden,
- weil die genannte Szene schon dabei ist, eine Verratslegende zu verbreiten,
- weil versucht wird, Neupack zu nutzen, um unsere Politik insgesamt zu diskreditieren, ist es erforderlich, dazu in aller Klarheit Position zu beziehen.

Deshalb sage ich:

- Weder lassen wir uns von diesen Sektierern treiben, noch haben wir vergessen, was sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung und auch in den Diktaturen des so genannten real existierenden Sozialismus angerichtet haben.

Ich bin sicher: Wir werden bei Neupack nicht ohne vertretbares Ergebnis bleiben.

Wir werden diesen Konflikt so beenden, dass sich der Einsatz gelohnt hat.

Vorher geben wir keine Ruhe.

Aber ich bin mir genauso sicher: Neupack wird uns auch danach noch beschäftigen.

Jedenfalls so lange, bis wir auch in diesem Unternehmen Verhältnisse haben, wie das in unseren Branchen üblich ist.

Und das beginnt mit der Anerkennung von Arbeitnehmerrechten, von Betriebsrat und Gewerkschaft, von Mitbestimmung und Tarifverträgen.

- Mein Respekt gilt den Beschäftigten, die bei Neupack einen unglaublich harten Arbeitskampf durchstehen.
- Mein Dank gilt unseren Leuten vor Ort, den Kolleginnen und Kollegen des Bezirks Hamburg und des Landesbezirks Nord, die diesen Arbeitskampf seit Monaten mit riesigem Engagement begleiten.
- Und ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die persönlich vor Ort oder mit Solidaritätsadressen und Spenden die Beschäftigten und unsere IG BCE in diesem Konflikt unterstützen.

Das ist der Zusammenhalt, der unsere Gewerkschaft auszeichnet.

Daraus erwachsen Stärke und Handlungsfähigkeit.

Solidarität, Kolleginnen und Kollegen, ist und bleibt die Grundlage unserer gewerkschaftlichen Gestaltungskraft.

Natürlich ziehen wir es vor, im Rahmen der Sozialpartnerschaft die Arbeitswelt mit zu gestalten. Aber wer uns diese Rolle nicht zugestehen will, der muss wissen:

- Sozialpartnerschaft ist für uns die beste und intelligenteste Form des Interessenausgleichs zwischen Kapital und Arbeit.
- Allerdings ist sie nur ein Mittel zum Zweck. Wir kennen und können auch andere Wege.

Das haben wir zum Beispiel bei UPM gezeigt. Da hat die Geschäftsführung den Versuch aufgeben, aus dem Flächentarif der Papierindustrie auszubrechen.

Niemand sollte die Konfliktfähigkeit der IG BCE unterschätzen.

Genauso wenig, wie wir die Bereitschaft mancher Arbeitgeber überschätzen, die Grundsätze der Sozialpartnerschaft aus innerer Überzeugung anzuerkennen.

Da geht der ein oder andere schnell von der Fahne, wenn er meint, das könne man sich erlauben.

Deshalb noch einmal: Geschenkt gibt es gar nichts.
Durchsetzungsfähig sind wir nur, wenn wir stark sind.

Im Fall von Greenpeace, Kolleginnen und Kollegen,
begegnet uns eine andere Form böswilliger Borniertheit
als die, von der ich gerade geredet habe.

Unter dem Titel „Der Kohle-Filz“ hat die
Umweltorganisation ein so genanntes Schwarzbuch
Kohlepolitik mit 45 Portraits von Politikern und auch
Gewerkschaftern veröffentlicht,
um angebliche „Verflechtungen von Politik und
Kohleindustrie“ aufzuzeigen.

Diese Publikation enthält eine ganze Reihe von
persönlichen Vorwürfen, verunglimpfender
Unterstellungen und Zerrbildern.

Im Kern wird behauptet: Wer die Nutzung von Braun-
und Steinkohle für erforderlich hält,
ist entweder von den Energiekonzernen gekauft oder
lässt sich zumindest instrumentalisieren.

Besonders niederträchtig ist die Methode, die Tantiemen aus Aufsichtsräten als Beleg für diese These anzuführen – ohne jeden Hinweis, dass Gewerkschafter diese Zahlungen zum ganz überwiegenden Teil an die Hans-Böckler-Stiftung und andere gemeinnützige Organisationen abführen.

So etwas kannten wir bislang nur aus der rechtsradikalen Szene und von Gruppierungen wie beispielsweise den Deutschen Konservativen. Die verbreiten derzeit im Internet ein Plakat und ein so genanntes Geheimdossier, in dem die Bezüge von führenden Gewerkschaftern genannt werden – ebenfalls ohne jeden Hinweis auf die Abführungen.

In beiden Fällen geht es darum, Gewerkschafter persönlich zu diskreditieren, um sie mundtot zu machen. Von einer Organisation wie Greenpeace hätten wir eine solche Maßlosigkeit im Meinungsstreit nicht erwartet.

Damit disqualifiziert sich Greenpeace selbst als ernst zu nehmender Gesprächspartner.

Die Organisation ist offenbar dabei,
eine Art heiligen Krieg gegen die Kohle auszurufen.
Zuerst die unhaltbare Behauptung,
jedem Kohlekraftwerk seien so und so viele Tote
zuzuschreiben.

Jetzt das Schwarzbuch der käuflichen Politiker,
Betriebsräte und Gewerkschafter.

Ganz offensichtlich ist Greenpeace jedes
Propagandamittel recht, um die eigenen Ziele zu
erreichen.

Greenpeace gilt vielen Menschen immer noch als
besonders glaubwürdige Organisation,
die sich vorbehaltlos dem dringend notwendigen Schutz
der Umwelt verschrieben hat.

Deshalb ist es wichtig, dass wir ihnen diese schmutzigen
Methoden nicht kommentarlos durchgehen lassen.

Ich habe in einem öffentlichen Brief an Greenpeace Deutschland und Greenpeace International bereits angesprochen, wie verwerflich die persönliche Diskreditierung Andersdenkender ist.

Für uns gehört Greenpeace nicht mehr zu denjenigen, mit denen wir das Gespräch suchen, beispielsweise über eine nachhaltige Energiepolitik.

Sie haben sich selbst aus dem Kreis der politischen Kräfte gestellt, mit denen man über verantwortliches Handeln in der Energiewende diskutieren könnte.

Und wir werden dafür sorgen, dass der Ruf von Greenpeace um eine neue Facette, nämlich der skrupellosen Bedenkenlosigkeit, bereichert wird.

Kolleginnen und Kollegen,

ich habe zu Neupack und Greenpeace deshalb so ausführlich gesprochen,
weil beide Fälle natürlich eine Herausforderung für unsere Organisation darstellen.

Aber sie stehen auch als krasse Beispiele für grundsätzliche Orientierungen.

- Das sind zum einen die marktradikalen Kräfte, um die es etwas stiller geworden ist seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009.
- Das heißt allerdings nicht, dass die Jünger des shareholder value nun alle ihre jahrzehntelange Überzeugung aufgegeben hätten.
- Wir nehmen durchaus wahr,
- dass in vielen Betrieben schon wieder getestet wird, was zur Steigerung der Rendite an neuen Zumutungen möglich ist.

- Das sind zum anderen die Öko-Ideologen, die dem Schutz der Umwelt alles andere unterordnen und ein konfliktfreies grünes Idyll versprechen.
Diese Leute sind oft gut meinend und haben ja manchmal auch Recht, wenn sie zum Beispiel auf die schwindende biologische Artenvielfalt hinweisen.

Was fehlt, das ist in der Regel ein echtes Verständnis für die industriellen Grundlagen und Notwendigkeiten von Wirtschaft und Gesellschaft.

Trotzdem haben sie es geschafft, das politische und gesellschaftliche Meinungsklima zu prägen.

Wir haben schon oft darüber gesprochen, wie schädlich die einseitige Fixierung auf ökonomische wie ökologische Zielsetzungen sein kann.

Wir haben auch erlebt, wie sich die Politik in ihren Entscheidungen in die eine oder die andere Richtung bewegt.

Unsere Vorstellung von einer guten Entwicklung in unserem Land ist komplexer.

Wir wollen ökonomische, ökologische und soziale Zielsetzungen ausbalancieren.

Das ist nach unserer Überzeugung die Basis einer nachhaltigen Entwicklung, die alle Menschen als Fortschritt in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen erfahren können.

Wie notwendig eine solche Balance ist, zeigt sich augenblicklich ganz deutlich im Prozess der Energiewende.

- Wir können nicht gleichzeitig aus der Kernkraft und der Kohle aussteigen, ohne schwerste wirtschaftliche und soziale Verwerfungen zu riskieren.
- Wir brauchen nicht nur eine klimafreundliche Energieversorgung, sondern wir brauchen auch wettbewerbsfähige und bezahlbare Strompreise für unsere Unternehmen und die privaten Haushalte.
- Es genügt eben nicht, die Energiewende nur an ökologischen Zielen auszurichten, die ökonomischen und sozialen Anforderungen aber einfach außer Acht zu lassen.

Die entscheidende Frage ist, wie wir unsere Vorstellung von einer nachhaltigen Entwicklung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft voran bringen,

wie wir der einseitig ökologischen Ausrichtung und der ausschließlich Markt- und Renditefixierung besser begegnen können als bislang.

Eine Antwort auf diese Frage gibt Chemie³. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Nachhaltigkeitsinitiative von VCI, BAVC und unserer IG BCE.

Der Dreiklang der drei Organisationen wiederholt sich im Nachhaltigkeitsverständnis mit den drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales – Chemie³ eben. Diese Initiative werden wir Ende Mai der Öffentlichkeit vorstellen.

Wir wollen mit Chemie³ das Prinzip Nachhaltigkeit stärker in der deutschen Chemieindustrie verankern.

Dazu wird es zwölf Leitlinien geben, die den Unternehmen Orientierung bieten.

Dabei geht es keineswegs nur um einen Anstoß, Produkte und Prozesse unter ökologischen Gesichtspunkten zu optimieren.

Es gibt auch klare Kriterien für die ökonomische und soziale Ausrichtung der Unternehmen.

Das beginnt beim Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, zur Sozialpartnerschaft und zu Guter Arbeit.

Und das schließt auch Tarifverträge, Mitbestimmung, Betriebsräte und Gewerkschaft ein.

Ich zitiere dazu aus der Leitlinie 6, die unter der Überschrift steht:

„Gute Arbeit sichern und Sozialpartnerschaft leben“

- „Durch Tarifverträge, Tarifbindung, Sozialpartnervereinbarungen, Mitbestimmung und weitere Formen der betrieblichen Zusammenarbeit sorgen die Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Unternehmensleitungen und Betriebsräte für Sicherheit, Beteiligung und Transparenz und gewährleisten gute und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen in Deutschland.“

Das, Kolleginnen und Kollegen, ist eine Aussage, mit der sich in Zukunft arbeiten lässt.

Zumal es gar nicht so leicht war, eine solche Selbstverpflichtung der Unternehmen auch zu erreichen.

Von Neupack hat übrigens niemand mitgemacht, aber das habt Ihr Euch sicher schon gedacht.

Mit Chemie³ haben wir also die Chance, das Nachhaltigkeitsverständnis in unserer größten Branche zu erweitern.

Das gilt sowohl für die bisher eher ökologisch orientierten Nachhaltigkeitsberichte wie auch für die Bekenntnisse zu CSR, die häufig genug ohne echte Beteiligung von Betriebsräten zustande kommen.

Gerade in Zeiten von zunehmender prekärer Beschäftigung, von schwindender Tarifbindung in vielen Branchen und der manchmal nur lustlosen Verwaltung statt aktiver Gestaltung von Sozialpartnerschaft sind die Leitlinien eine Aufforderung zu nachhaltigem, also verantwortlichem Handeln. Das werden wir auch einfordern.

Wenn Chemie³ Ende Mai offiziell an den Start geht, erhaltet Ihr natürlich zeitgleich die Leitlinien und den ersten Branchenbericht, der eine Übersicht zu den bisherigen Leistungen in Sachen Nachhaltigkeit gibt.

Am selben Tag startet auch das Online-Portal, mit dem sich Chemie³ im Netz vermarktet.

Wir werden uns nicht darauf beschränken, unser Nachhaltigkeitsverständnis in der eigenen Branche zu stärken.

Mit dieser freiwilligen Initiative tritt die Chemie quasi in Vorleistung.

Aber wir werden auch sehr deutlich von der Politik Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung und Orientierung einfordern.

Das gilt insbesondere für eine wettbewerbsfähige Energieversorgung.

Denn da ist die Welt längst nicht mehr so, wie sie einmal war.

Die USA etwa haben sich vom weltgrößten Importeur zum Exporteur von Energie gewandelt.

Das mit Fracking gewonnene Schiefergas lässt zudem die Energiepreise drastisch sinken – so stark, dass sich damit auch in unseren Unternehmen neue Fragen bei Investitionsentscheidungen stellen.

Karbon beispielsweise, der Werkstoff der Zukunft, lässt sich zu Wettbewerbspreisen in Deutschland derzeit nicht produzieren.

Sicher ist der Preisvorteil von amerikanischem Schiefergas zumindest teilweise dadurch zu erklären, dass man es in den USA mit der ökologischen Sorgfalt nicht so genau nimmt.

Im dicht besiedelten Deutschland wären zweifellos härtere Umweltstandards zu beachten, etwa beim Schutz des Trinkwassers.

Wir erwarten dennoch, dass die Politik diese neue Herausforderung wenigstens zur Kenntnis nimmt.

Wenn wir die Zukunftsinvestitionen verlieren, dann sind alle ökologischen Ambitionen wenig wert.

Was nützt uns beispielsweise Elektromobilität,
wenn der wichtigste Werkstoff für das Auto der Zukunft
importiert wird?

Wie lange kann Deutschland dann noch ein attraktiver
Standort für die Automobilindustrie sein?

Greenpeace mag es egal sein, wo Autos gebaut werden.
Für die Menschen in Deutschland ist es eine Frage von
Arbeit und Einkommen, von Ausbildungs- und
Lebenschancen.

Dass unsere Einwände gut begründet sind,
wie die Energiewende gemanagt wird,
das wisst Ihr, Kolleginnen und Kollegen.
Ich muss das deshalb jetzt nicht im Einzelnen
wiederholen.

Kurz erwähnen will ich allerdings,
dass wir mit dem Innovationsforum Energiewende nach
Brüssel fahren werden,
um mit dem deutschen Kommissar Oettinger über eine
EU-konforme Energiepolitik zu diskutieren.

- Zum einen, weil unsere Nachbarn immer weniger gewillt sind, die Schwankungen in der deutschen Energieversorgung auszugleichen.
- Zum anderen, weil es sehr fraglich ist, ob sich das deutsche Subventionssystem EEG auf Dauer mit dem EU-Recht vereinbaren lässt.

Auch in diesem Fall macht es wenig Sinn, Nachhaltigkeit nur in nationalen Grenzen zu denken. Das gilt erst Recht für die Klimapolitik: Ob wir in Deutschland unseren kleinen Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen senken oder nicht, das ist für die Erderwärmung leider vollkommen unerheblich.

Unsere Aufgabe ist es nicht, jedes Kohlekraftwerk so schnell wie möglich abzuschalten, sondern die Technik zu liefern, dass möglichst jedes fossile Kraftwerk einen höheren Wirkungsgrad erreicht, ob in China oder Indien. Dann wäre dem Klima wirklich geholfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Energie und Klima sind keineswegs die einzigen Fragen, die uns unter dem Gesichtspunkt von Nachhaltigkeit beschäftigen.

Wenn wir zum Beispiel auf den Arbeitsmarkt gucken, dann entdecken wir eine ganze Reihe von Fehlentwicklungen, die jedem Anspruch von Nachhaltigkeit widersprechen.

Dazu zählen ganz sicher Löhne, die zum Leben nicht reichen.

Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass so etwas im reichen Deutschland möglich ist.

In 13 Branchen sind deshalb Mindestlöhne eingeführt, sie gelten für rund vier Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Das ist schon schlimm, dass der Staat in dieser Größenordnung Schutz vor der schlimmsten Ausbeutung organisieren muss.

Aber es sind noch einmal so viel Beschäftigte,
die ohne diesen Schutz bleiben,
obwohl auch sie nur zu Billigstlöhnen Arbeit finden.

Von daher ist ein gesetzlicher Mindestlohn,
wie ihn die Gewerkschaften fordern, richtig und
dringend.

Ich höre aus den Reihen der Union,
man halte das auch für notwendig;
in der nächsten Legislaturperiode werde man das
bestimmt angehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Bundesregierung ist im vierten Jahr im Amt.
Warum sollten wir vertrauen, dass sie künftig das tut,
was sie bislang nicht getan hat?

Ich habe da große Zweifel,
sollte die jetzige Regierungsformation tatsächlich
Bestätigung finden.

Aber selbst wenn es den Mindestlohn geben sollte:
Das Problem vollkommen ungenügender
Arbeitsbedingungen ist damit längst nicht gelöst.
Das einzige, was geregelt wäre,
ist eine Mindestbezahlung.
Aber von Guter Arbeit wären acht Millionen Beschäftigte
immer noch meilenweit entfernt.

Was wir brauchen, sind Strukturen,
wie wir sie aus gut organisierten Branchen kennen.
Ich höre immer wieder das Loblied der Politik auf die
konstruktive Rolle, die gerade Betriebsräte in der Krise
2008/2009 gespielt haben.
Dann, bitteschön, dann lasst uns auch Voraussetzungen
schaffen, um mehr Betriebsräte gerade in den Branchen
zu gründen, wo so vieles im Argen liegt.

Heute ist schon die Absicht, einen Betriebsrat
aufzustellen, ein Risiko für die Beschäftigten.
Wer das versucht, ist schnell draußen –
im besten Fall mit einer Abfindung.

Mittlerweile halten spezialisierte Anwaltskanzleien viele Firmen mitbestimmungsfrei – so, wie man das früher aus den USA kannte.

Wir fordern deshalb den vollen Kündigungsschutz für jede und jeden, die einen Betriebsrat gründen wollen.

Das wäre ein erster wichtiger Schritt, um mit den entwürdigenden Zuständen in den Billiglohn-Buden Schluss zu machen.

Das kostet die Politik und den Staat nichts – außer guten Willen und die Bereitschaft zu handeln, statt die Verhältnisse zu beklagen.

Es ist schon ein starkes Stück, dass ausgerechnet die FDP den Mindestlohn mit der Begründung blockiert, die Tarifautonomie schützen zu wollen.

Gleichzeitig macht uns Brüderle für Exzesse bei den Managergehältern verantwortlich.

Von „Kungelrunden“ mit den Gewerkschaftern im Aufsichtsrat spricht Brüderle.

Das ist echtes Kleinkaliber.

Ich erinnere mich noch gut daran,
wie Guido Westerwelle vor zehn Jahren unsere Kritik an
amerikanischen Vergütungssystemen qualifiziert hat:

Neiddebatte!

Die Beliebigkeit der Argumentation ist wirklich
verblüffend.

Es gibt nur eine Konstante:

Hauptsache, es geht gegen die Gewerkschaften.

Von der großen Ankündigung,
die Entscheidung über die Vergütung von Vorständen
aus dem Aufsichtsrat in die Hände der Eigentümer zu
übertragen,
ist im Übrigen fast nichts geblieben.

Jetzt soll der Hauptversammlung nur noch zur Kenntnis
gebracht werden,

was im Aufsichtsrat beschlossen wurde.

Das spricht für sich.

Man wundert sich jedoch, wie schnell die sonst
handlungsarme Koalition in diesem Fall einen
Gesetzentwurf auf den Weg bringt.

Ich hätte mir einen solchen Arbeitseifer schon früher gewünscht.

Beispielsweise in Sachen Ausbildung und Übernahme.

Aus dem jüngsten Berufsbildungsbericht wissen wir: die Zahl der ausbildenden Betriebe geht genauso zurück wie die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze.

Und das in einer Zeit, in der Politik wie Arbeitgeber tagtäglich über Facharbeitermangel lamentieren.

- Warum hat Frau von der Leyen nicht längst unseren Vorschlag aufgegriffen und unser sehr erfolgreiches Programm Start in den Beruf auf andere Branchen übertragen?
- Warum gibt es keine politische Initiative, um wenigstens die Übernahme der ausgelernten jungen Leute zu sichern?

Die Arbeitgeber werden nicht in die Pflicht genommen und Politik erklärt sich für nicht zuständig.

Wenn die Regierung schon selbst nichts tut, um den Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt entgegen zu steuern, dann sollte sie wenigstens die Betriebsräte stärken – so, wie wir das vorgeschlagen haben.

- Mit einem echten Mitbestimmungsrecht bei Fremdbeschäftigung, um dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen begegnen zu können.
- Mit einem Gestaltungsauftrag für eine nachhaltige und demographiefeste Arbeits- und Personalpolitik im Unternehmen – von der Ausbildung über die Stressprävention bis zum Übergang in den Ruhestand.

Die SPD hat diese Vorschläge im Übrigen in ihr Wahlprogramm aufgenommen.

Ein echtes Kontrastprogramm zur Nonchalance, mit der die Regierungsparteien den dringenden Handlungsbedarf in der Arbeitsgestaltung ignorieren.

Vielleicht habt Ihr es schon vergessen, Kolleginnen und Kollegen.

Aber erst vor ein paar Monaten hat diese Bundesregierung entdeckt, dass künftig vielen Menschen im Alter echte Armut droht.

Da war die Aufregung groß und die Debatte laut.

Was ist heute? Nichts, gar nichts hört man mehr davon.

Wo ist das versprochene Gesetz, mit dem die Koalition noch in diesem Jahr der Altersarmut vorbeugen wollte?

So, Kolleginnen und Kollegen, so geht das nicht.

Das Thema ist viel zu ernst, als dass man sich damit begnügen dürfte, Handlungswillen nur zu simulieren.

Seit ewiger Zeit versuchen wir Ursula von der Leyen zu bewegen, endlich die Teilrente mit 60 auf den Weg zu bringen.

Dann könnten wir weit attraktivere Übergänge in den Ruhestand bauen, als uns das jetzt mit dem Demographie-Tarifvertrag II möglich ist.

Das kostet nicht zu viel, würde dafür umso mehr helfen.
Aber nichts rührt sich.

Deshalb werden wir das Thema Alterssicherung in der verbleibenden Zeit bis zur Bundestagswahl zu einem Schwerpunktthema machen.

Wir werden jede Gelegenheit nutzen, unsere Vorschläge unter die Leute zu bringen:

- Vom schrittweisen Ansparen einer Reserve bei der Rentenversicherung, um das Rentenniveau zu stabilisieren
- bis zum Aussetzen der Rente mit 67, so lange der Arbeitsmarkt keine besseren Beschäftigungschancen für Ältere hergibt.

Der Ignoranz gegenüber der größten Sorge von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen und werden wir einen echten Lösungsvorschlag entgegen stellen.

Denn da geht es nicht nur um einige Euro mehr an Rente,
da geht es um das Grundvertrauen in unsere Demokratie und den Sozialstaat.

Für die Beschäftigten ist es ein erstrangiges Thema, ob sie schaffen, gesund in Rente zu kommen und ob das Alterseinkommen einigermaßen gut zum Leben reicht.

Die Botschaft der Regierung lautet:
Das schafft ihr nicht, das reicht nicht.
Und das war es dann.

Ich meine:
So kann man mit den Menschen nicht umgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist wirklich leichtfertig,
wie die Zeit für Reformen verspielt wird,
die wir für eine nachhaltige Entwicklung brauchen.

- Leiharbeit, Befristung oder Billiglohn taugen ganz sicher nicht als Beschäftigungsstrategie für die deutsche Hochleistungswirtschaft.
- Zu wenig Ausbildung, krank machender Leistungsdruck und eine starre Altersgrenze sind ganz sicher keine Antworten auf die Frage, wie wir mit alternden Belegschaften künftig unser Wohlstandsniveau sichern.
- Und immer noch vernachlässigen wir in Deutschland sträflich, dass Frauen
 - aber auch Männer -
 faire Bedingungen fordern, um erfolgreich Beruf und Familie zu vereinbaren – und zwar nicht nur in Form einer Randbeschäftigung.

Wir haben Glück, dass wir trotz all dieser Defizite
 - bislang wenigstens -
 vergleichsweise gut durch die Wirtschaftskrise kommen.
 Natürlich spüren wir auch in unseren Branchen
 und in unseren Unternehmen,
 dass die Aufträge aus einem Gutteil Europas
 schrumpfen.

Schließlich ist die Europäische Union unser Heimatmarkt.

Trotzdem können wir zumindest für dieses Jahr von einer einigermaßen stabilen Entwicklung ausgehen. Die Exporte nach Asien und in die USA kompensieren, was wir in Europa an Absatz verlieren.

In einer Reihe von Branchen haben wir zudem mit ordentlichen Tarifabschlüssen unseren Beitrag geleistet, die Binnenkonjunktur zu stärken.

In der Kunststoff verarbeitenden Industrie, bei Papier und Keramik, auch in der Energiewirtschaft, wo wir zwei Mal kurz vor einem Streik standen.

Wir haben Beschäftigung und Einkommen gesichert, das ist in diesen unruhigen Zeiten sicher keine schlechte Leistung.

Peter Hausmann wird darauf noch eingehen.

Man sieht: Wo wir Gewerkschaften handlungsfähig sind, da sorgen wir auch für angemessene Teilhabe und für vernünftige Arbeits- und Lebensbedingungen.

Trotzdem ist ganz klar:

Wir brauchen die Trendwende in Europa,
sonst holt uns die Krise der anderen irgendwann ein.

Natürlich ist Konsolidierung notwendig,
wenn Staaten ihre Schulden nicht mehr selbst
finanzieren können.

Aber das allein kann es nicht sein.

Nur mit rigoroser Sparpolitik wird es auf Dauer keine
wirtschaftliche Erholung in Europa geben.

Was da in Gang gesetzt wird,
ist eine teuflische Abwärtsspirale
aus Sparen und Schrumpfen,
noch härterem Sparen und noch heftigerem
Schrumpfen.

Und es trifft immer wieder und überall die Falschen.

Vielleicht mit Ausnahme von Frankreich.

Ansonsten büßt immer die breite Bevölkerung,
wenn Banken pleite gehen
oder mit viel Geld vom Staat gerettet werden.

Wenn nicht bald gegen gesteuert wird,
dann nimmt das sozial verfasste Europa
einen nur schwer zu reparierenden Schaden.

Dann geraten wir auch in Deutschland
mit unserer Sozialen Marktwirtschaft
noch stärker unter Druck.

Schon heute sind ja auch bei uns
Einkommen und Vermögen höchst ungleich verteilt.

Wie gesagt, um Europa müssen wir uns schon aus
Eigeninteresse kümmern.

Gerade für die deutsche Industrie ist die wirtschaftliche
Dynamik in der EU entscheidend.

Wir brauchen mehr Wachstumsimpulse durch mehr
wirtschaftspolitische Koordinierung und gemeinsame
Programme der europäischen Regierungen und der EU-
Kommission.

Hier ist die Bundesregierung gefordert,
die dies allerdings noch nicht erkannt hat
oder nicht erkennen will.

Wir Gewerkschaften haben in dem so genannten DGB-Marshallplan für Europa wichtige und richtige Vorschläge gemacht.

Nichts ist alternativlos, selbst wenn die Bundesregierung das glauben machen will.

Wir brauchen auch endlich eine europäische Industriepolitik, die greift und konkrete Maßnahmen beinhaltet.

Dazu müssen die unzureichenden Kompetenzen, Instrumente und Maßnahmen der europäischen Institutionen gestärkt werden.

Während der Klimaschutz und die Energiepolitik weitgehend europäisch gestaltet werden, scheitern zukunftsfähige und notwendige industriepolitische Initiativen an nationalstaatlichen Egoismen und Kompetenzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele von Euch haben sicher auch schon davon gehört, dass Uli Hoeness, der Manager von Bayern München, den Steuerbehörden ein Schwarzgeldkonto in der Schweiz angezeigt hat.

Ich weiß nicht, ob es stimmt, dass da ein paar Hundert Millionen Euro lagern.

Was mich ärgert, ist der Begriff Steuersünder.

Sünden werden schnell vergeben.

Davon halte ich in diesem und ähnlichen Fällen nichts.

Jeder kleine Einbrecher,

der eine Stereoanlage im Wert von einigen hundert Euro klaut, wird als Verbrecher bezeichnet.

Steuerhinterziehung im großen Stil

ist auch nichts anderes als ein Verbrechen

an unserer Gesellschaft und ihren Gesetzen.

In ganz Europa, auch hier in Deutschland,

redet man über Sparen und leere öffentliche Kassen.

Und die, denen es am besten geht,
entziehen sich einfach der finanziellen Verantwortung
und Verpflichtung.

Das ist alles andere als eine kleine Sünde.

Wäre ich Uli Hoeness, würde ich sagen:

Das ist eine riesengroße Schweinerei.

Steuerhinterziehung muss künftig härter verfolgt werden,
das wissen wir nicht erst seit dem Fall Hoeness.

In der Schweiz lagern rund 300 Milliarden Euro,
die reiche Griechen dort unversteuert hin geschafft
haben.

Das reicht allemal, um sämtliche finanziellen Probleme
des griechischen Staatshaushaltes zu lösen.

Was mich extrem ärgert, ist die Rolle der Banken dabei.

Das sind Helfershelfer der Steuerhinterziehung.

Ich kann nicht einsehen,

dass die europäische Spar- und Notgemeinschaft das
einfach zulässt.

Genauso wenig, wie ich akzeptieren kann,

dass gigantische Summen

in irgendwelche Steueroasen verbracht werden.

Die IG BCE erwartet, dass die künftige Bundesregierung für mehr Steuergerechtigkeit sorgt.

Und der erste Schritt dahin ist, die Steuerhinterziehung endlich effektiv zu bekämpfen.

Egal, wer nach dem 22. September regiert:

Peer Steinbrücks Steuer-Taskforce wäre ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und verdient deshalb eine echte Realisierungschance.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich finde, die SPD wird derzeit in den Umfragen deutlich unter Wert gehandelt.

Wir jedenfalls haben keinen Grund, über das Wahlprogramm der Sozialdemokraten zu klagen.

- Mehr Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit, Werkverträgen und Auslagerung
- Mitbestimmung im Aufsichtsrat künftig ab einer Schwelle von 1000 statt 2000 Beschäftigten
- 8,50 Euro Mindestlohn
- Verbot, Leiharbeiter als Streikbrecher einzusetzen

Das sind alles Punkte, die uns wichtig sind und die wir zumindest teilweise selbst in die politische Debatte gebracht haben.

Und auch in der Steuerpolitik gibt es viele Gemeinsamkeiten, ob es nun um die Vermögensabgabe oder den Spitzensteuersatz geht.

Was die SPD anbietet, ist in vielen Punkten ein Programm für mehr soziale Gerechtigkeit.

Was die Union genau will, wissen wir noch nicht. Die Partei der Kanzlerin wird ihr Wahlprogramm erst noch vorlegen.

Aber erkennbar bemühen sich auch CDU und CSU um programmatische Nähe zu den Gewerkschaften.

Das beginnt bei dem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und hört beim Lob der Sozialpartnerschaft nicht auf.

Eine schwere Hypothek ist aus unserer Sicht allerdings, dass in vier Jahren Regierungszeit kaum Fortschritte auf den Baustellen Arbeitsmarkt und Alterssicherung gegeben hat.

Ich habe dazu bereits einiges gesagt.

Auch die Grünen haben in ihrer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik viele Anregungen der Gewerkschaften aufgegriffen,

beispielsweise in Sachen Mitbestimmung.

Das schafft weitere Anknüpfungspunkte,

jedoch ist in der grünen Programmatik

nach wie vor spürbar,

dass ihnen Gewerkschaften und Betriebsräte wenig vertraut sind, zumindest dann,

wenn diese in der Industrie zuhause sind.

Selbst die FDP bemüht sich mittlerweile in ihrer Programmatik um verbale Abrüstung.

Wir erkennen eine vorsichtige Annäherung an das Thema „Lohnuntergrenze“

und eine Öffnung zur Mitbestimmung

beim Einsatz von externen Dienstleistern.

Die Linke hingegen propagiert
eine Art ökologischen Sozialismus.

Vielen Einzelpunkten könnte
man als Gewerkschafter zustimmen.

Das ist nicht neu.

Genauso wenig,

wie die staatsgläubige Wirtschaftspolitik der Linken
mit den Grundlagen der Sozialen Marktpolitik kompatibel
ist.

Unser Ziel muss es sein,
den Wahlkampf zu nutzen,
um unsere Themen nach vorne zu bringen.

Wir wollen die Trendwende in der Europapolitik,
eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt,
eine zuverlässige Alterssicherung und
eine besser gemanagte Energiewende.

Unsere Orientierung ist das Prinzip Nachhaltigkeit,
mit dem wir ökonomischen, ökologischen und sozialen
Fortschritt als gemeinsames Ziel verbinden.

Ich bin sehr zufrieden, wie gut es uns gelungen ist, diese Themen auf den Bezirksdelegiertenkonferenzen in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.

Das zeigt, dass wir mit unseren inhaltlichen Schwerpunkten richtig liegen.

Die Konferenzen, mit denen wir ja unseren Kongress im Oktober vorbereiten, waren zudem geprägt von großer Geschlossenheit und von einer hohen Identifikation mit unserer IG BCE.

Das ist ein hohes Gut, mit dem wir sehr sorgfältig umgehen werden.

Wir kümmern uns natürlich auch um die Zukunft des DGB.

Unsere IG BCE leistet einen sehr konstruktiven Beitrag in der Diskussion, wie die anstehenden Personalfragen zu entscheiden sind.

Allerdings sind nicht alle Themen,
die wir im DGB haben, im gleichen Geist zu klären.
Die Auseinandersetzung mit ver.di um die Frage,
wer unsere Mitglieder in der ostdeutschen
Wasserwirtschaft betreut,
haben wir konstruktiv und sachorientiert
wie immer beantwortet.
Also, wir machen das.

Ver.di argumentiert auf einer sehr formalen Ebene
und trägt diesen Organisationskonflikt
jetzt auch in die Betriebe.
Unsere Betriebsräte schätzen unser Betreuungsmodell
und wollen bei uns bleiben.
Die Regeln im DGB sind klar,
aber Regeln machen nicht immer viel Sinn.

Wir jedenfalls werden uns nicht irgendwelchen
großmächtigen Ansprüchen einfach beugen.

Unsere Kongress-Vorbereitungen, Kolleginnen und Kollegen, sind planmäßig angelaufen.

Wie vor vier Jahren findet der Kongress kurz nach der Bundestagswahl statt.

Wir werden wiederum versuchen, auf die dann beginnenden Koalitionsverhandlungen thematisch Einfluss zu nehmen.

Wir werden das Bild unserer IG BCE als Zukunftsgewerkschaft stärken und festigen.

Wir haben der Politik viel an Lösungskompetenz zu bieten – egal, welche Parteienkonstellation die künftige Bundesregierung bilden wird.

Aber auf dem Weg dahin haben wir jetzt erst einmal den Tag der Arbeit vor uns. Ich wünsche mir, dass unsere IG BCE auf den Kundgebungen gut vertreten sein wird und dass unsere durchaus wichtige Rolle im DGB sichtbar wird.

Nutzen wir die Gelegenheit,
um am 1. Mai für unsere Sache zu demonstrieren:
„Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.“

Darum geht es uns, dafür engagieren wir uns.

Gemeinsam und geschlossen.

Weil uns das stark macht und weil wir alle Kräfte
brauchen werden, um unsere Ziele durchsetzen.

Im Interesse unserer Mitglieder,
der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
in unserer Branchen, ihrer Familien
und nicht zuletzt auch für unser Land.

Glück auf!

